

Grünes Licht für Kongsnaes-Investor

Potsdamer Stadtverordnete lehnen überraschend ab, Bebauungsplan für alte Matrosenstation aufzustellen

POTSDAM - Das Stadtparlament hat im seit Monaten erbittert geführten Konflikt um die zum Welterbe gehörende Matrosenstation Kongsnaes am Mittwochabend überraschend grünes Licht für die Pläne des Investors Michael Linckersdorff gegeben: Ein Mehrheit lehnte es ab, einen Bebauungsplan für das Areal gegenüber der Glienicker Brücke aufzustellen. Damit sind die Stadtverordneten nicht mehr an den Planungen für Kongsnaes beteiligt und sofern die Stadt die Baugenehmigungen erteilt, kann Linckersdorff beginnen.

Der Berliner Uhren- und Schmuckhändler hatte die ehemalige Kaiserliche Matrosenstation von der Stadt für eine Million Euro gekauft. In der 1945 abgebrannten Ventehalle direkt am Ufer des Jungferensees, die er laut Kaufvertrag historisch getreu wiedererrichten muss, will Linckersdorff ein Restaurant mit 122 Plätzen unterbringen. Ein Funktionsbau soll daneben in moderner Architektur gebaut werden. Außerdem plant

Linckersdorff eine Hafenanlage mit einem 32 Meter langen Steg für Fahrgastschiffe, Charterboote und die Miniaturfregatte „Royal Louise“ sowie 30 Liegeplätze für Boote - 20 davon soll ein gewerblicher Anbieter historischer Segelboote nutzen. Zur Matrosenstation gehören drei weitere Gebäude, in denen Wohnungen und zwei kleine Büros entstehen sollen.

Anwohner der Schwanenallee, darunter zahlreiche Prominente, gehen seit Monaten gegen die Pläne des Investors auf die Barrikaden. Sie befürchten eine Kommerzialisierung des Welterbes und eine Großgastronomie. Der Investor weist dies zurück. Das Gegenteil sei der Fall: Er vervollständige das Welterbe wieder.

Der Berliner Verwaltungsrechtler Reiner Geulen, der die Anrainer vertritt, kündigte an, dass die Anwohner bei Gericht einen Antrag auf Baustopp stellen werden, wenn die Stadt Linckersdorffs Pläne für Ventehalle und Hafen genehmigt.

Juristisch hatten sie bereits einmal Erfolg: Das Potsdamer Verwaltungsgericht hatte Anfang des Jahres die bereits erteilten Baugenehmigungen in einem „Hinweis-Beschluss“ für eindeutig rechtswidrig erklärt; die Stadt zog sie zurück und

übernahm die Verantwortung. Für Geulen belegen auch die neu gestellten Bauanträge des Investors, dass dieser eine Großgastronomie plane.

In den Streit hatte sich kürzlich auch der Präsident der deutschen Unesco-Kommission Walter Hirsche eingeschaltet. Nach Angaben von Linckersdorff sind dessen Bedenken aber bei einem Ortstermin ausgeräumt worden.

Im Potsdamer Stadtparlament lehnten am Mittwochabend vor allem Stadtverordnete der Linken und der SPD den FDP-Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für Kongsnaes ab. Zuvor hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) davor gewarnt, dass es rechtswidrig sei, die Erteilung von Baugenehmigungen durch einen Stadtverordnetenbeschluss zu verhindern. Aus dem selbem Grund hatte er bereits einen ersten Beschluss vor einem Monat kassiert. Der CDU-Fraktionschef Michael Schröder wollte einen Bebauungsplan: Ohne sichere Rechtsgrundlage drohe ein „wichtiger Teil des Potsdamer Weltkulturerbes“ im „unendlichen Streit“ zwischen Anwohnern und Investor „zerrieben“ zu werden.

SCH/HK/jaha



Foto: Archiv/privat

So sah die Station Kongsnaes vor dem Zweiten Weltkrieg aus